

dbb Hessen-Pressemitteilung 9/2021 · Frankfurt, 23.02.2021

Gewalt im öffentlichen Dienst: Bedienstete werden vom Dienstherrn im Stich gelassen

Die neuen Ergebnisse der Studie bestätigen alte Erkenntnisse. „Schon auf den Dienststellen, in der Ausbildung oder in Trainings gibt es sehr viele Defizite. Und unter den Folgen dieser Defizite leiden die Beschäftigten“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt zu den Ergebnissen der zweiten Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Die Studie, die im Auftrag des dbb Hessen von Prof. Britta Bannenberg vom Lehrstuhl für Kriminologie an der Uni Gießen erstellt wurde, wird am heutigen Dienstag in Frankfurt vorgestellt.

„Häufig erfahren Beschäftigte, die Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen oder gar körperlicher Gewalt geworden sind keine Unterstützung durch ihre Vorgesetzten.“ Auch die Aufarbeitung der wenigen angezeigten Fälle durch die Justiz ist viel zu inkonsequent. „Das zieht sich alles wie ein roter Faden durch die ganze Thematik“, sagt Schmitt.

Folge: Gewaltopfer stehen sehr lange unter dem Einfluss ihrer traumatischen Erlebnisse, viele denken über Berufswechsel nach.

Schmitt sieht die Arbeit des dbb Hessen bestätigt, der seit mehreren Jahren bereits das Thema Gewalt immer wieder aufgreift und mit wissenschaftlichen Studien Politik und Dienstherrn zu mehr Aktivität bewegen will. „Viele unserer Forderungen und Lösungsansätze wurden in den Befragungen fast gleichlautend von den Betroffenen formuliert“, fasst Schmitt zusammen. Unter anderem wünschen sich viele einen besseren Schutz ihrer Privatsphäre – sei es im realen Leben oder im Internet.

Seit dem großen dbb Symposium 2018, bei dem klare Forderungen an die politischen Verantwortungsträger artikuliert wurden, hat es politisch sehr wenige Initiativen gegeben. „Das ist beschämend und verantwortungslos“, sagt Schmitt.

Diese Gleichgültigkeit der Politik will der dbb Hessen auch künftig weiter anprangern. „Man bekommt den Eindruck, die Verantwortung tragenden Politiker wollen die wahren Dimensionen der Problematik gar nicht erfahren.“

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Vorsitzender
Heini Schmitt